

Der Regionaldirektor	REGIONALVERBAND RUHR 
Drucksache Nr.: 14/1954	

	17.01.2025
Berichtsvorlage	öffentlich

Beratungsfolge	Beratungsstatus	Sitzung am	TOP
Ausschuss für Digitalisierung, Bildung und Innovation	zur Kenntnis	05.02.2025	

Betreff: Informations- und Vernetzungsangebote Cybersicherheit für Kommunen

Beschluss: Der Ausschuss für Digitalisierung, Bildung und Innovation nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Begründung:

Auswertung einer Umfrage zum Bedarf an interkommunalem Austausch im Themenfeld Cybersicherheit

Ausgangslage und Zielsetzung

Der RVR hat in der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, Bildung und Innovation am 14.11.2024 als Teilantwort auf eine entsprechende Anfrage vorgestellt, welche Angebote und Möglichkeiten zur Vernetzung für die Kommunen derzeit bereits bestehen.

Um diese Übersicht zu ergänzen und den konkreten Bedarf seiner Mitglieder zu erheben, hat die RVR-Verwaltung eine digitale Kurz-Umfrage durchgeführt, deren Ziel es war, einen Überblick über den Status quo sowie potenzielle Handlungsfelder im Themenfeld Cybersicherheit zu erhalten.

Umfrage, Teilnahme und Rücklaufquote

Im Rahmen der Umfrage wurden die Kommunen gezielt zu ihrer aktuellen Positionierung im Themenfeld Cybersicherheit befragt. Dabei lag der Fokus darauf, ein umfassendes Bild darüber zu erhalten, wie die jeweiligen Kommunen organisiert sind und welche Maßnahmen sie bereits umsetzen.

Ein zentraler Aspekt der Befragung war die Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern. Es wurde erhoben, ob eine solche Kooperation besteht und in welchen spezifischen

Bereichen externe Unterstützung in Anspruch genommen wird. Ziel war es, die Rolle externer Akteure bei der Stärkung der kommunalen Cybersicherheit besser zu verstehen. Darüber hinaus wurde untersucht, welche der bereits bestehenden Plattformen und Netzwerke im Bereich Cybersicherheit den Kommunen bekannt sind und ob diese genutzt werden. Zusätzlich wurde gefragt, ob die Kommunen auf regionaler Ebene weiteren Bedarf an Angeboten oder Vernetzungsformaten sehen, um ihre Cybersicherheitsstrategie zu stärken.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Ermittlung des Informations- und Weiterbildungsbedarfs. Gibt es in den Kommunen Bedarf an zusätzlichen Schulungs- und Weiterbildungsangeboten und welche Formate werden dabei ggf. bevorzugt?

Von den im Vorfeld kontaktierten 15 Kommunen erklärten sich 13 zu einer Teilnahme bereit. 8 Kommunen haben letztendlich Auskünfte erteilt.

Die Ergebnisse sind entsprechend der Rücklaufquote zu betrachten. Die Ergebnisse bieten zwar eine zielführende und stichhaltige Orientierung, jedoch bleibt der Gesamtüberblick eingeschränkt, da ein signifikanter Anteil der angeschriebenen Kommunen und Kreise nicht geantwortet hat.

Zentrale Ergebnisse

1. Organisation

Jeweils zur Hälfte ist der Aufgabenbereich Cybersicherheit entweder an einer zentralen Stelle verankert oder auf mehrere Stellen verteilt (Fachbereiche, Administratoren, Zentrale Dienste etc.).

2. Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern

6 Kommunen arbeiten bereits mit externen Dienstleistern zusammen.

Die Inanspruchnahme ermöglicht es den Verwaltungen, ihre begrenzten internen Kapazitäten gezielt zu ergänzen und auf die wachsende Bedrohungslage im Bereich der IT-Sicherheit zu reagieren. Sie bietet den Zugang zu spezialisierten Ressourcen, Expertenwissen und technologischen Lösungen.

3. Nutzung bestehender Netzwerke und Plattformen

Alle teilnehmenden Kommunen und Kreise sind bereits Mitglied in Cybersicherheitsnetzwerken und nutzen diese aktiv. Dies zeigt, dass bestehende Plattformen und Initiativen eine zentrale Rolle in der Zusammenarbeit und dem Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen spielen. Der breite Einsatz und die aktive Nutzung der vorhandenen Netzwerke legen nahe, dass die Kommunen bereits über ein gewisses Maß an Vernetzung und Struktur im Bereich der Cybersicherheit verfügen. Insbesondere die Netzwerke des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), der Dachverband kommunaler IT-Dienstleister (KDN) sowie Kommunales CERT NRW sind bei den Befragten bekannt und werden genutzt.

4. Zusätzlicher Bedarf an regionaler Vernetzung

Grundsätzlich sind die Hälfte der befragten Kommunen offen für neue oder zusätzliche regionale Vernetzungsformate. Allerdings beschränken sich die Vorstellungen zu möglichen Formaten, Inhalten und Themen auf temporäre und situative Angebote, wie Onlinemeetings, Präsenzveranstaltungen Workshops oder den informellen Austausch über konkrete Fragestellungen und Problemlagen.

Aufgrund der jeweils jetzt schon vorhandenen intensiven Netzwerkaktivitäten stehen neue regelmäßige und verstetigte Angebote nicht im Fokus.

5. Informations- und Weiterbildungsbedarf

Ein klarer Konsens besteht in der Notwendigkeit von Weiterbildungsangeboten für kommunale Mitarbeitende. Schulungsformate wie Webinare und Veranstaltungen sind entscheidend, um das Wissen und die Sensibilität der Mitarbeitenden für das wichtige Themenfeld Cybersicherheit zu stärken.

Solche Formate ermöglichen es kommunalen Mitarbeitenden, aktuelle Entwicklungen und Bedrohungen im Bereich der IT-Sicherheit besser zu verstehen und angemessene Maßnahmen zu ergreifen. Gleichzeitig können sie dazu beitragen, einheitliche Standards und ein höheres Bewusstsein für Sicherheitsfragen in den Verwaltungen zu schaffen.

Fazit und Handlungsempfehlung

Die Ergebnisse der Umfrage verdeutlichen, dass das Thema Cybersicherheit für die Kommunen und Kreise grundsätzlich von hoher Bedeutung ist.

Die Einführung zusätzlicher regionaler Netzwerke derzeit nicht prioritär. Stattdessen sollte der Fokus auf den Ausbau bestehender Plattformen und Netzwerke gelegt werden, insbesondere durch die Bereitstellung zielgerichteter Weiterbildungsangebote wie Webinare und regelmäßige Veranstaltungen. Als regionales Vernetzungs- und Austauschmedium bietet sich insbesondere die stärkere Nutzung des RUDI – Ruhr Digital-Netzwerks an. In diesem Verwaltungsnetzwerk wird speziell der kollegiale Austausch zu Digitalisierungsthemen betrieben. Dies könnte einen effektiven und ressourcenschonenden Ansatz darstellen, um die Cybersicherheit in der Region weiter zu stärken.

Finanzielle und haushaltmäßige Auswirkungen sowie Folgewirkungen:

1. Teilergebnisplan Kostenstelle _____; Kostenträger _____;

Teilergebnisplan	Lfd. HH-Jahr	2026	2027	2028	2029 ff.
Erträge					
Personalaufwendungen					
Sachaufwendungen					
Abschreibungen und Zinsaufwand (6 % p. a. vom investiven Eigenanteil)					
Summe (Eigenanteil)					
Veranschlagt im Haushaltsplan	Lfd. HH-Jahr	2026	2027	2028	2029 ff.
Erträge					
Personalaufwendungen					
Sachaufwendungen					
Abschreibungen und Zinsaufwand (6 % p. a. vom investiven Eigenanteil)					
Summe					
Abweichungen ¹					

2. Teilfinanzplan Kostenstelle _____; Kostenträger _____; Investitions-Nr. _____

Teilfinanzplan	Lfd. HH-Jahr	2026	2027	2028	2029 ff.
Einzahlungen					
Auszahlungen					
Summe (Eigenanteil)					
Veranschlagt im Haushaltsplan	Lfd. HH-Jahr	2026	2027	2028	2029 ff.
Einzahlungen					
Auszahlungen					
Summe					
Abweichungen ¹					

¹ Positiver Wert = Nachveranschlagung bzw. Deckung erforderlich

3. Auswirkungen

- Eine Nachveranschlagung/überplanmäßige bzw. außerplanmäßige Mittelbereitstellung ist nicht erforderlich (**Haushaltsverbesserung/-neutralität**).
- Eine Nachveranschlagung/überplanmäßige bzw. außerplanmäßige Mittelbereitstellung ist erforderlich (**Haushaltsverschlechterung**). Erläuterungen siehe unten.
- Folgewirkungen sind in dem o. g. Bedarf berücksichtigt.

Erläuterungen:

4. Bilanz

Veräußerungsgewinne bzw. -verluste können gemäß § 44 Abs. 3 KomHVO NRW zu zusätzlichen finanziellen Auswirkungen in der Bilanz führen.

- Keine Auswirkungen, weil keine Veräußerungsgewinne bzw. -verluste entstehen.
- Die finanziellen Auswirkungen aus Veräußerungsgewinnen bzw. -verlusten werden in den Erläuterungen dargestellt.

Erläuterungen:

5. Klima-Check

(Leitfaden und Formular befinden sich im Intranet)

- Der Klima-Check wurde bei der Beschlussvorlage durchgeführt.
- Es ergeben sich keine klimarelevanten Auswirkungen.

- Es ergeben sich positive oder negative klimarelevante Auswirkungen.
Die Erläuterungen dazu werden im Klima-Check-Formular in der Anlage dargestellt.
- Durch einen Alternativvorschlag bei negativen Auswirkungen entsteht
 - kein Mehraufwand
 - Mehraufwand, und zwar: _____ €.

Sachbearbeiter/in	Referat / Referatsleiter/in	Bereich / Beigeordnete/r	Regionaldirektor Garrelt Duin
Grossmann, Paul	Schulte, Stephan	R18 Zentrale Dienste	
Akt.zeichen			